

**N I E D E R S C H R I F T****38. Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Wahlperiode 2013 - 2018)**

Sitzungstermin:	Donnerstag, 07.06.2018	
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr	
Sitzungsende:	18:11 Uhr	
Sitzungsort:	Hanse-Schule für Wirtschaft und Verwaltung, Dankwartsgrube 14-22, 23552 Lübeck	
<b>Anwesende Mitglieder</b>		
<b>Mitglieder aus der Bürgerschaft</b>		
Jörn Puhle- SPD		
Aydin Candan- SPD		
Katja Mentz- grün+alternativ+links (GAL)		
<b>stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.</b>		
Jose Maria Bernet- Lübecker Jugendring		Vertretung für: Frau Kathrin Ziese
Pastorin Dörte Eitel- AG freier Wohlfahrtsverbände		
Thomas Grams- AG freier Wohlfahrtsverbände		Vertretung für: Frau Vera-Simone Kuzla
Dagmar Hildebrand- CDU		
Rafael Jancen- Lübecker Jugendring		Vertretung für: Frau Sandra Pereira da Silva David, bis 18:05 Uhr
Eveline Kuring-Arent- AG freier Wohlfahrtsverbände		
Sven Quirder- SPD		Vertretung für: Herrn Jörn Puhle
Nicole Vollert- SPD		
Horst Wargenau- CDU		
<b>Beratende Mitglieder ohne Stimmrecht</b>		
Klaus-Peter Jürgensen- Fachbereichsdienste FB 4		
Andreas Müller- FREIE WÄHLERDIE LINKE		
Lutz Regenber- Mitglied der Fachgruppe HZE		
Birgit Reichel- 4.513 Jugendarbeit/Jugendamt		
Petra Scharrenberg- 4.510 Familienhilfen / Jugendamt		Vertretung für: Frau Renate Junghans
Christian Weise- Kreiselternervertretung		
Britta Ingwersen-		
<b>Verwaltung</b>		
Senatorin Kathrin Weiher- FB 4 - Kultur und Bildung		
Petra Albrecht- Jugendhilfeplanung		
Renate Heidig- Jugendhilfeplanung		

Angelika Kramm- FBC FB 4	
Kathrin Rösel- 4.511 Städtische Kindertagesstätten	
<b>Beiratsmitglieder</b>	
Inge Hennig- Seniorenbeirat	ab 17:06 Uhr
<b>Entschuldigte Mitglieder</b>	
<b>Mitglieder aus der Bürgerschaft</b>	
Felix Untermann- CDU	- entschuldigt -
<b>stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.</b>	
Joachim Giesenberg- Lübecker Jugendring	- entschuldigt -
Anka Grädner- Bü90/DIEGRÜNEN	- entschuldigt -
Vera-Simone Kuzla- AG freier Wohlfahrtsverbände	- entschuldigt -
Sandra Pereira da Silva David- Lübecker Jugendring	- entschuldigt -
<b>Beratende Mitglieder ohne Stimmrecht</b>	
Bacar Gadji-	- entschuldigt -
Renate Junghans- 4.510 Familienhilfen / Jugendamt	- entschuldigt -
Fritz Knispel- BfL	- entschuldigt -
Marie-Luise Lehmann- Stadelternvertretung	- entschuldigt -
<b>Verwaltung</b>	
Aiko Wagner- 4.040 Fachbereichscontrolling FB 4	- entschuldigt -
<b>Sonstige Personen</b>	
Carsten Schnelle- Jobcenter U25	- entschuldigt -

## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung
2.	Niederschriften vom 01.03.2018
3.	Anfragen / Antworten / Mitteilungen
3.1.	Mitteilungen der Verwaltung
3.1.1.	Mitteilung zur Umsetzung VO/2018/05900: Info zur Ganztagsplus-Gruppe
3.1.2.	Umsetzung Jahresöffnungstage Kitas VO/2018/05551
3.1.3.	ARD-Bericht zu der Arbeit von Jugendämtern im Kinderschutz, Personalsituation im ASD in Lübeck
3.2.	Anfrage des beratenden Ausschussmitgliedes Christian Weise (KEV) an die Verwaltung bezüglich einer geplanten Betriebsversammlung der städtischen Kitas. Vorlage: VO/2018/06111
3.3.	Anfrage des beratenden Ausschussmitgliedes Christian Weise (KEV) an die Verwaltung bezüglich der Geschwisterermäßigung für Kinder in Betreuten Grundschulen. Vorlage: VO/2018/06112
4.	Berichte
4.1.	Ideenwettbewerb "Schüler*innenhaushalt 2018/19" Vorlage: VO/2018/06092
4.2.	Jugendhilfeplanung - Kindertagesbetreuung (Bedarfsplan i. S. v. § 7 KiTaG) Teil II - Bericht zum Kitajahr 2017/18 Vorlage: VO/2018/06036
4.3.	Jahresbericht 2017 des Beauftragten für Menschen mit Behinderung in der Hansestadt Lübeck Vorlage: VO/2018/05963
5.	Anliegen der Jugend
6.	Beschlussvorlagen
7.	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft
8.	Anträge von Ausschussmitgliedern

8.1.	Antrag der SPD zur Einrichtung von Ganztagsplus-Gruppen
9.	Verschiedenes

Öffentlicher Teil:

**zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung**

Herr Puhle eröffnet die 38. Sitzung des Jugendhilfeausschusses. Er begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Es liegen keine schriftlichen Anträge zur Tagesordnung vor.

Herr Puhle schlägt vor den TOP 3.3. Anfrage des beratendes Ausschussmitgliedes Herrn Weise (KEV) bezüglich der Geschwisterermäßigung für Kinder in Betreuten Grundschulen und den TOP 4.2. Jugendhilfeplanung – Kindertagesbetreuung auch gemeinsam mit dem Schul- und Sportausschuss zu beraten. Der Ausschuss widerspricht dem nicht.

Herr Puhle fragt, ob mündliche Anträge zur Tagesordnung gestellt werden. Dies ist nicht der Fall. Die Tagesordnung wird damit unter Bejahung der vorgetragenen Änderungen einstimmig festgestellt.

**zu 2 Niederschriften vom 01.03.2018**

Es liegen keine schriftlichen Änderungsanträge zur Niederschrift vor. Herr Puhle fragt die Mitglieder des Ausschusses, ob mündliche Änderungsanträge zur Niederschrift der 37. Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 01.03.2018 vorgebracht werden. Dies ist nicht der Fall.

Die Niederschrift ist damit festgestellt.

**zu 3 Anfragen / Antworten / Mitteilungen**

**zu 3.1 Mitteilungen der Verwaltung**

### **zu 3.1.1 Mitteilung zur Umsetzung VO/2018/05900: Info zur Ganztagsplus-Gruppe**

Herr Jürgensen erklärt, dass wenn an allen Standorten Ganztagsplus-Gruppen eingerichtet werden, bei insgesamt 23 zusätzlichen Ganztagsplus-Gruppen sich daraus ein jährlicher Mehraufwand von 690.000 € ergibt. Dies müsste in die Haushaltsplanung 2019 und in die Folgehaushalte aufgenommen werden. Dies würde eine deutlich bessere Betreuungsqualität zu Hortplätzen darstellen und entspricht der Weiterentwicklung von Ganztags an Schule.

Auf Nachfragen von Frau Mentz und Herrn Weise erklären Herr Jürgensen und Frau Kramm, dass die Betreuungsqualität einer Ganztagsplus-Gruppe über der eines Hortes liegt.

Eine Diskussion zum Thema Inklusion entsteht. Es sprechen Frau Mentz, Frau Weiher und Herr Jürgensen. Frau Albrecht berichtet, dass zusätzliche Leistungen für Kinder mit besonderem Förderbedarf / Eingliederungshilfe im Ganztagsbereich in Zusammenarbeit mit dem FB 2 am Modellstandort Schule Lauerholz ab kommenden Schuljahr erprobt werden soll.

Herr Puhle kündigt an, dass die SPD unter TOP 8 einen Antrag dazu stellen will, damit eine Empfehlung an die Bürgerschaft zur Einrichtung von Ganztagsplus-Gruppen gerichtet wird.

Frau Mentz, Herr Jürgensen und Frau Weiher sprechen über die Auswahl der Kinder für die Ganztagsplus-Gruppen. Herr Puhle verweist in diesem Zusammenhang auf die AG §78 der Kitaträger am 27.06.2018, in der über inhaltliche Themen diskutiert werden soll.

### **zu 3.1.2 Umsetzung Jahresöffnungstage Kitas VO/2018/05551**

Herr Jürgensen berichtet, dass mit den Trägern Gespräche geführt und ein formloses Verfahren entwickelt wurde. 17 Einrichtungen haben ihre Öffnungstage bereits erweitert, wodurch ein Mehraufwand in Höhe von 320.000 € für dieses Jahr entsteht. Circa 1.050 Kinder profitieren bereits in diesem Jahr von der Erweiterung der Öffnungstage. 2019 sollen noch mehr Träger dazu kommen. Eine flächendeckende Erweiterung der Öffnungstage würde rund 1,9 Mio. € pro Jahr mehr kosten.

Auf eine Nachfrage von Herrn Müller antwortet Herr Jürgensen.

### **zu 3.1.3 ARD-Bericht zu der Arbeit von Jugendämtern im Kinderschutz, Personalsituation im ASD in Lübeck**

Frau Scharrenberg berichtet, dass der Bereich Familienhilfen / Jugendamt an einem umfassenden Personalbericht arbeitet. Dieser soll im Frühherbst 2018 im Jugendhilfeausschuss präsentiert werden. Sie verweist ergänzend dazu auf die aktuelle Berichterstattung in den Medien, die auf Grundlage einer Studie der Hochschule Koblenz die Situation des ASD in den Jugendämtern in den Fokus genommen hat.

Zusammengefasst sagt die Studie u.a. aus, dass es in vielen Jugendämtern aufgrund von Personalmangel an ausreichender Zeit fehlt, sich den Fällen adäquat widmen zu können, da die Dokumentation einen hohen Anteil einnimmt. Die räumliche (Büro-) Situation ist häufig in Hinblick auf den Schwerpunkt „sensibel zu führende Gespräche mit oft privaten Themen“

unzureichend. Einschränkungen bei der Bewilligung von Maßnahmen erfolgen aufgrund der „Kassenlage“ und die Erfahrungsweitergabe / Einarbeitungssituation wird ebenfalls für unzureichend gehalten.

Frau Scharrenberg erläutert, ohne dem angekündigten Bericht vorgreifen zu wollen, dass das Personalmanagement im Bereich Familienhilfen / Jugendamt erste Priorität hat und dass trotz Fachkräftemangel, der sich natürlich auch in Lübeck bemerkbar macht, der Bereich relativ gut aufgestellt ist. Es konnten aktuell für den ASD drei neue Stellen geschaffen werden und auch im Pflegekinderdienst ist die Schaffung einer zusätzlichen Stelle im Verfahren.

**zu 3.2     Anfrage des beratenden Ausschussmitgliedes Christian Weise (KEV) an die Verwaltung bezüglich einer geplanten Betriebsversammlung der städtischen Kitas.  
Vorlage: VO/2018/06111**

**Anfrage:**

Ich bitte um Beantwortung folgender Fragen bezüglich einer Betriebsversammlung der städtischen Kitas am 04.07.2018:

1. Warum findet diese Betriebsversammlung während der regulären Betreuungszeit statt?
2. Sind die Stellungnahmen der Beiräte nach § 18 KitaG zu dieser außerordentlichen Schließung eingeholt worden?
3. Stellen Sie eine Notbetreuung in jeder Einrichtung sicher?

Frau Rösel erklärt, dass das zentrale Ziel der städtischen Kindertageseinrichtungen die bestmögliche Bildung und Betreuung der ihnen anvertrauten Kinder ist.

1. Der Termin und die Uhrzeit der Betriebsversammlung am 04.07.2018 wurden von Herrn Bürgermeister Lindenau festgesetzt, mit dem Ziel sowohl den Verwaltungsablauf als auch den Betrieb städtischer Einrichtungen so wenig wie möglich einzuschränken. Daher teilt sich die Personalversammlung in zwei identische Teile – einmal am Vormittag und einmal am Nachmittag. Um allen Eltern eine gesicherte Betreuung in den Kitas zumindest bis 13:30 Uhr zu gewährleisten, ist der Beginn der Nachmittagsveranstaltung auf 14:30 Uhr festgelegt worden. Die Alternative: die Hälfte der pädagogischen Fachkräfte nimmt am Vormittag teil, die andere Hälfte am Nachmittag. Dies hätte zur Folge, dass die Hälfte der Kinder komplett zu Hause bleiben müsste, da ein gesetzlich vorgeschriebener Betreuungsschlüssel zu gewährleisten ist.
2. Die Stellungnahme nach § 18 Abs. 3, Nr. 3 KitaG ist nicht einzuholen bei Teilnahme der pädagogischen Fachkräfte an Betriebsversammlungen. Gemäß BPersVG steht allen Beschäftigten das ungehinderte Recht zur Teilnahme an Personalversammlungen zu.
3. Zum jetzigen Zeitpunkt wird eine Abfrage unter den Mitarbeitenden der Kindertageseinrichtungen durchgeführt, ob eine Teilnahme an der Betriebsversammlung geplant ist. Nach Rücklauf kann eventuell in den Kitas eine Notgruppe eingerichtet werden. Dies steht allerdings zurzeit noch nicht fest.

Herr Weise dankt Frau Rösel für die Beantwortung der Anfrage. Er spricht sich für die Einrichtung einer Notgruppe aus und wünscht sich eine Abfrage bei den Eltern, wo es aufgrund der Betriebsversammlung Schwierigkeiten in der Betreuung geben könnte.

***Die Beantwortung der Anfrage wird zur Kenntnis genommen.***

**16:57 Uhr Beginn der gemeinsamen Beratung des Schul- und Sportausschusses und des Jugendhilfeausschusses zu TOP 3.3, 4.1 und 4.2. Den Vorsitz übernimmt Herr Puhle.**

**zu 3.3      Anfrage des beratenden Ausschussmitgliedes Christian Weise (KEV) an die Verwaltung bezüglich der Geschwisterermäßigung für Kinder in Betreuten Grundschulen.  
Vorlage: VO/2018/06112**

**Anfrage:**

Ich bitte um schriftliche Beantwortung folgender Fragen bezüglich einer Geschwisterermäßigung für Kinder in Betreuten Grundschulen:

1. In welchen Betreuten Grundschulen und seit wann können Eltern eine Geschwisterermäßigung für ihre dort betreuten Kinder beantragen, falls weitere Geschwister in Kindertageseinrichtungen, der Kindertagespflege oder Betreuten Grundschulen betreut werden?
2. Wurden die Eltern in den betreffenden Standorten über die Möglichkeit der Geschwisterermäßigung informiert? Falls ja, von wem? Falls nein, warum nicht?
3. Sind Träger von Betreuten Grundschulen seitens der Verwaltung gebeten worden, über die Möglichkeit der Geschwisterermäßigung nur auf individuelle Nachfrage hin zu informieren?

Herr Jürgensen berichtet, dass die SchulsekretärInnen geschult und die Eltern über Aushänge und Flyer informiert wurden. Weiterhin macht er deutlich, dass es nicht Stil der Verwaltung ist solche Informationen Eltern vorzuenthalten.

Auf eine Nachfrage von Herrn Weise erklären Herr Jürgensen und Herr Thorn, dass alle Eltern einen Flyer erhalten haben, die Schulen entsprechend geschult wurden und dass eine rückwirkende Beantragung möglich sei, wenn der Einzelfall genau benannt wird.

Frau Arndt aus dem Publikum meldet sich zu diesem Thema. Sie hat ein Kind in der Kalanderschule, eins in der Kita und eins bei der Kindertagespflege. Herr Puhle fragt, ob der Ausschuss der Anhörung von Frau Arndt widerspricht. Der Ausschuss widerspricht dem nicht.

Frau Arndt berichtet von ihrer Situation und behauptet dass ihr die Möglichkeit der Geschwisterermäßigung nicht korrekt mitgeteilt worden sei.

Herr Puhle erklärt, dass dieser konkrete Fall nicht im Ausschuss geklärt bzw. diskutiert werden kann. Daher schlägt er vor, dass die Verwaltung Kontakt mit der Kalanderschule aufnimmt und dies direkt klärt. Er hätte anschließend gerne eine Rückmeldung wie das Problem gelöst werden konnte. Frau Mentz schlägt vor eine Abfrage zu machen, um festzustellen ob es noch weitere Schulen gäbe, in denen Eltern Informationen zur Geschwisterermäßigung nicht bekommen hätten.

Eine weitere betroffene Person aus dem Publikum meldet sich zu Wort. Herr Puhle bittet darum ihr Anliegen direkt mit der Verwaltung und der Schule zu klären, analog zum Fall von Frau Arndt.

***Die Beantwortung der Anfrage wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.***

**zu 4      Berichte**

**zu 4.1 Ideenwettbewerb "Schüler\*innenhaushalt 2018/19"**  
**Vorlage: VO/2018/06092**

Frau Ahlborn-Ritter berichtet von dem Konzept Schüler\*innenhaushalt und dem Ideenwettbewerb. 3 Schulen sollen ausgelost werden, denen ein Budget in Höhe von jeweils 1.000 € zur Verfügung gestellt wird, zur Umsetzung einer Idee, die Schüler\*innen entwickelt haben. Im Schuljahr 2018/2019 soll dieses Projekt bereits durchgeführt werden. Bei positiver Resonanz soll der Schüler\*innenhaushalt verstetigt werden.

Auf eine Nachfrage von Frau Hildebrand erklärt Frau Ahlborn-Ritter, dass lediglich 3 Schulen ausgelost werden und deshalb zunächst nur die Grund- und Gemeinschaftsschulen mitmachen. Frau Mentz, Frau Ahlborn-Ritter und Herr Haltermann (Mitglied des Schul- und Sportausschusses) diskutieren über das Auswahlverfahren. Frau Ingwersen schlägt vor auch die Berufsschulen in das Losverfahren mit aufzunehmen. Herr Bernet erklärt, dass diese Idee damals vom Lübecker Jugendring initiiert wurde und dass ursprünglich alle Lübecker Schulen involviert sein sollten.

Herr Puhle schlägt vor das Thema zu verschieben. Eigentlich sollte es sich um einen Jugendhaushalt und nicht um einen Schülerhaushalt handeln, bei dem das Geld zusätzlich bereitgestellt wird und nicht aus dem Schulbudget genommen wird. Weiterhin sollte die Beteiligungsbeauftragte, die im Herbst ihren Dienst antritt, von Anfang an involviert werden. Daher schlägt Herr Puhle vor das Thema in eine gemeinsame Sitzung von Schul- und Sportausschuss und Jugendhilfeausschuss, Anfang 2019, zu vertagen und spricht sich dafür aus den Schüler\*innenhaushalt wieder in den Bereich Jugendarbeit zu übergeben.

Frau Weiher erklärt, dass die Finanzierung des Schüler\*innenhaushalts über den Bereich Jugendarbeit eine freiwillige Aufgabe wäre, die in den Haushaltsberatungen schwer durchzusetzen sei und schnell rausgekürzt werden könnte, von daher sei der Weg über erhöhte Schulbudgets besser. Frau Kramm ergänzt, dass die Präsentation, zu diesem Thema schon mal im Jugendhilfeausschuss vorgestellt wurde und es der Wunsch des Ausschusses gewesen sei das Thema auch mit dem Schul- und Sportausschuss in gemeinsamer Sitzung zu beraten.

Herr Prieur merkt an, dass das Schulbudget in den Schulkonferenzen unter Beteiligung der Schüler festgelegt wird bzw. werden sollte.

Frau Hildebrand und Frau Mentz sprechen sich für den Beginn des Projektes aus. Frau Ahlborn-Ritter erklärt, dass nach den Sommerferien eine Ausschreibung erfolgt und dass die Schulen für die Umsetzung bis zum Schuljahresende Zeit haben.

Herr Puhle schlägt erneut vor den Punkt zu Beginn des Jahres 2019 in einer gemeinsamen Sitzung des Schul- und Sportausschusses und des Jugendhilfeausschusses zu beraten. Er erklärt, dass die Beteiligungsbeauftragte sich bis dahin in das Thema eingearbeitet hätte und dass die finanziellen Mittel nicht aus dem Schulbudget kommen, sondern zusätzlich in den Haushalt 2019 eingestellt werden sollten.

Frau Reichel bittet darum, den „Versuchscharakter“ der jetzigen Projektdurchführung bei der Evaluation zu bedenken, insbesondere dann, wenn die Erfahrungen nicht positiv ausfallen.

Herr Prieur, Herr Puhle und Frau Weiher sprechen darüber, ob dieser Schüler\*innenhaushalt der Jugendhilfe oder dem Bereich Schule und Sport zugeordnet werden sollte. Auf Vorschlag des Vorsitzenden sind die Ausschüsse damit einverstanden, die weitere Behandlung der Thematik dem Jugendhilfeausschuss zu überlassen.

Herr Puhle lässt über seinen Antrag den Tagesordnungspunkt in eine gemeinsame Sitzung des Schul- und Sportausschusses und Jugendhilfeausschusses zu Beginn des Jahres 2019 zu vertagen, abstimmen.

**Der Ausschuss lehnt den Antrag bei gleicher Stimmzahl ab.**

Ja-Stimmen: 6  
Nein-Stimmen: 6  
Enthaltungen: 0

Herr Puhle bittet darum die vorgetragenen Änderungen mit aufzunehmen und den Bereich Jugendarbeit zu beteiligen.

**Beschluss:**

Der Bereich Schule und Sport plant im Schuljahr 2018/19 einen „Ideenwettbewerb Schüler\*innenhaushalt“ an den Grund- und Gemeinschaftsschulen.

Das Projekt „Ideenwettbewerb Schüler\*innenhaushalt 2018/19“ ist ein Wettbewerb, der als Pilotprojekt zunächst an drei Lübecker Schulen im Schuljahr 2018/19 durchgeführt werden soll. An den Schulen sollen dabei in einem demokratischen Prozess Ideen für nachhaltige Projekte entwickelt und abgestimmt werden. Die Ideen müssen in Eigeninitiative umsetzbar sein und sollten einen Rahmen von 1000 Euro nicht überschreiten (es sei denn, die Schulen geben aus dem eigenen Schulbudget etwas zu). Der Bereich Schule und Sport übernimmt die Kosten für die Umsetzung der Ideen und stellt das Budget von 3000 Euro zur Verfügung.

***Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.***

<p><b>zu 4.2 Jugendhilfeplanung - Kindertagesbetreuung (Bedarfsplan i. S. v. § 7 KiTaG) Teil II - Bericht zum Kitajahr 2017/18 Vorlage: VO/2018/06036</b></p>
---

Frau Heidig stellt die Jugendhilfeplanung anhand einer Power-Point-Präsentation dar. Die Präsentation ist der Niederschrift beigefügt.

Auf eine Nachfrage von Frau Hildebrand zum Betreuungsumfang antwortet Frau Heidig. Auf Nachfragen von Frau Mentz erklärt Herr Jürgensen, dass der Rechtsanspruch sowohl in Kindertageseinrichtungen als auch der Kindertagespflege mit einer täglich 4-stündigen Betreuungszeit erfüllt ist. Die Hansestadt Lübeck geht mit einer täglich 5-stündigen Betreuung über diesen Mindestanspruch hinaus. Ein darüber hinausgehender (objektivierbarer) Bedarf kann geltend gemacht werden. Frau Heidig erklärt, dass die Geburtenzahlen regelmäßig zum Abschluss eines Kalenderjahres vom Bereich Statistik vorliegen und dass bei der Hochrechnung der Kinderzahl für die kommenden Jahre Fort- und Zuzüge nicht berücksichtigt werden können. Frau Rösel berichtet, dass die Baumaßnahmen in der Kita Dr.-Julius-Leber-Str. und der Kita Klipperstraße voraussichtlich im März 2019 fertig gestellt werden.

Frau Kuring-Arent und Frau Hildebrand sprechen über den Betreuungsumfang.

Herr Weise regt an auch außerhalb von Neubaugebieten Kitas einzurichten, um der Stagnation der Betreuungsquote entgegenzuwirken.

Herr Müller weist darauf hin, dass seine Anfrage zur Tagespflege noch immer unbeantwortet sei. Dies wird umgehend nachgeholt.

Auf die Nachfrage zum Beteiligungsverfahren von Herrn Müller antwortet Frau Heidig.

Es entsteht eine Diskussion über die Bedarfsplanung. Es sprechen Frau Weiher, Frau Mentz, Frau Heidig, Herr Weise und Frau Kramm. Frau Weiher weist darauf hin, dass die Bedarfsplanung in Lübeck im Vergleich zu anderen Kommunen, wo Kita – Plätze fehlen, immer passgenau erfolgt ist.

***Der Bericht wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.***

**Ende der gemeinsamen Beratung des Schul- und Sportausschusses und Jugendhilfeausschusses um 18:01 Uhr.**

**Der Jugendhilfeausschuss pausiert ab 18:01 Uhr.**

**Der Jugendhilfeausschuss setzt seine Beratung um 18:06 Uhr fort.**

<b>zu 4.3</b>	<b>Jahresbericht 2017 des Beauftragten für Menschen mit Behinderung in der Hansestadt Lübeck Vorlage: VO/2018/05963</b>
---------------	---

Es gibt keine Wortmeldungen.

**Beschluss:**

Allgemeine Vorbemerkung:

Der vorliegende Bericht betrifft den Zuständigkeitsbereich des Beauftragten für Menschen mit Behinderung in der Hansestadt Lübeck.

Da der Beauftragte für Menschen mit Behinderung in der Hansestadt Lübeck keine eigenen Berichte in die Gremien der Hansestadt Lübeck einbringen kann und dieses nur dem Fachbereich möglich ist, wird der Bericht formal über den Fachbereich Wirtschaft und Soziales eingebracht.

Der Fachbereich Wirtschaft und Soziales weist darauf hin, dass für Inhalte und Umfang der Antworten ausschließlich der Beauftragte für Menschen mit Behinderung in der Hansestadt Lübeck selbst verantwortlich ist.

Der Fachbereich Wirtschaft und Soziales wird zu den einzelnen Anfragen bzw. Berichten nur dann eine eigene Anmerkung verfassen, wenn auch städtische Verwaltungseinheiten von gestellten Fragen betroffen sind und zu den Mitteilungen entsprechende Ergänzungen notwendig sind.

***Der Bericht wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.***

<b>zu 5</b>	<b>Anliegen der Jugend</b>
-------------	----------------------------

Es liegt nichts vor.

<b>zu 6</b>	<b>Beschlussvorlagen</b>
-------------	--------------------------

Es liegt nichts vor.

## zu 7 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

Frau Mentz fragt nach den beiden Überweisungsaufträgen aus der Bürgerschaft an den Jugendhilfeausschuss zu den Themen Interessenvertretung der Kindertagespflege im Jugendhilfeausschuss und praxisorientierte Erzieher-Ausbildung (praxisintegrierte Ausbildung). Frau Kramm erklärt, dass bei dem 1. Antrag die Stellungnahme des Bereiches Recht eingeholt wird. Zum 2. Antrag: Frau Weiher verfolgt das Thema praxisintegrierte Ausbildung in Abstimmung auf Landesebene und wird im Herbst dazu berichten.

## zu 8 Anträge von Ausschussmitgliedern

### zu 8.1 Antrag der SPD zur Einrichtung von Ganztagsplus-Gruppen

Herr Puhle stellt für die SPD folgenden Antrag und lässt darüber abstimmen.

#### **Beschluss:**

*„Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Bürgerschaft wie folgt zu beschließen:*

*Im Rahmen des Ganztages an Schule wird an jedem Standort das Modell Ganztagsplus-Gruppe eingerichtet.*

*Die Verwaltung setzt sich mit den betroffenen Trägern in Verbindung um ein Umsetzungskonzept zu erarbeiten. Dieses ist den politischen Gremien rechtzeitig vor der Haushaltssitzung 2019 vorzulegen.“*

**Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.**

Ja-Stimmen: 11

Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 0

## zu 9 Verschiedenes

Herr Puhle teilt mit, dass Herr Karschny Mitglied in einer Landesarbeitsgruppe zum Thema Ganztags ist und dass Ideen und Anregungen gerne über Herrn Karschny in diese AG gebracht werden können.

Herr Puhle teilt mit, dass dies nun die letzte Sitzung des Jugendhilfeausschusses in der

Wahlperiode 2013 - 2018 war und bedankt sich bei der Verwaltung und den Teilnehmern des Ausschusses für die gute Zusammenarbeit.  
Zudem ist dies die letzte Ausschusssitzung von Frau Angelika Kramm, die sich in den Ruhestand verabschiedet.

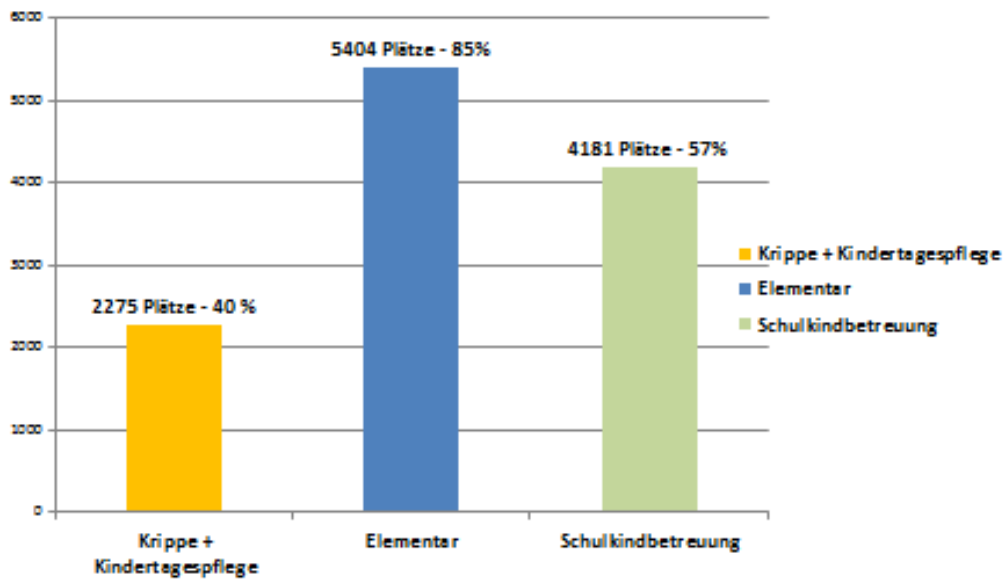
Lübeck, den 22. Juni 2018

Jörn Puhle  
Vorsitzende/r

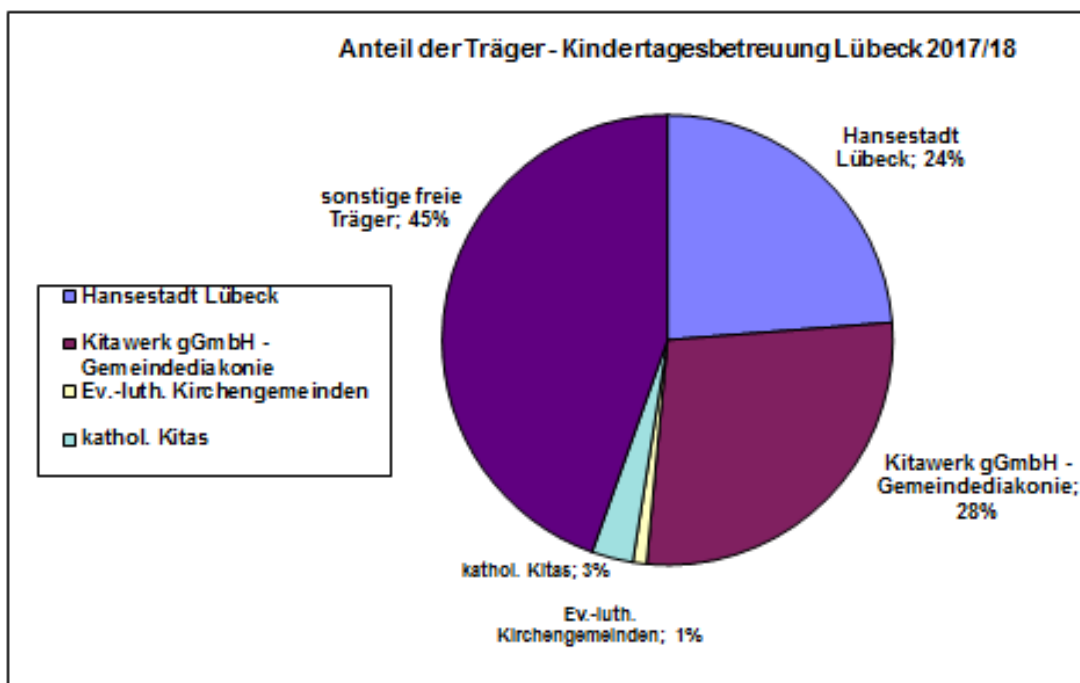
Dana Gladasch  
Protokollführung

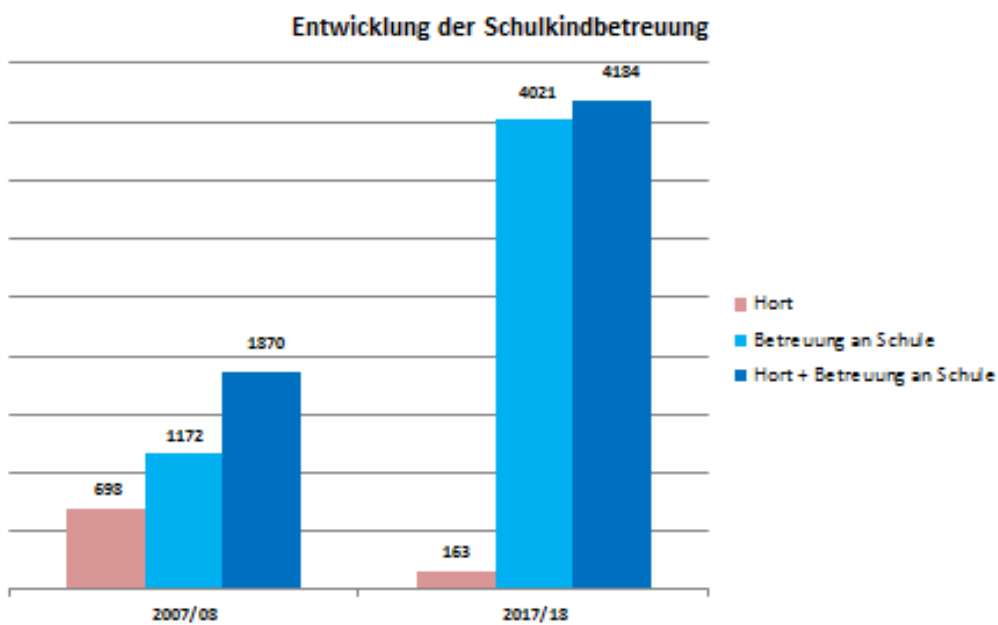
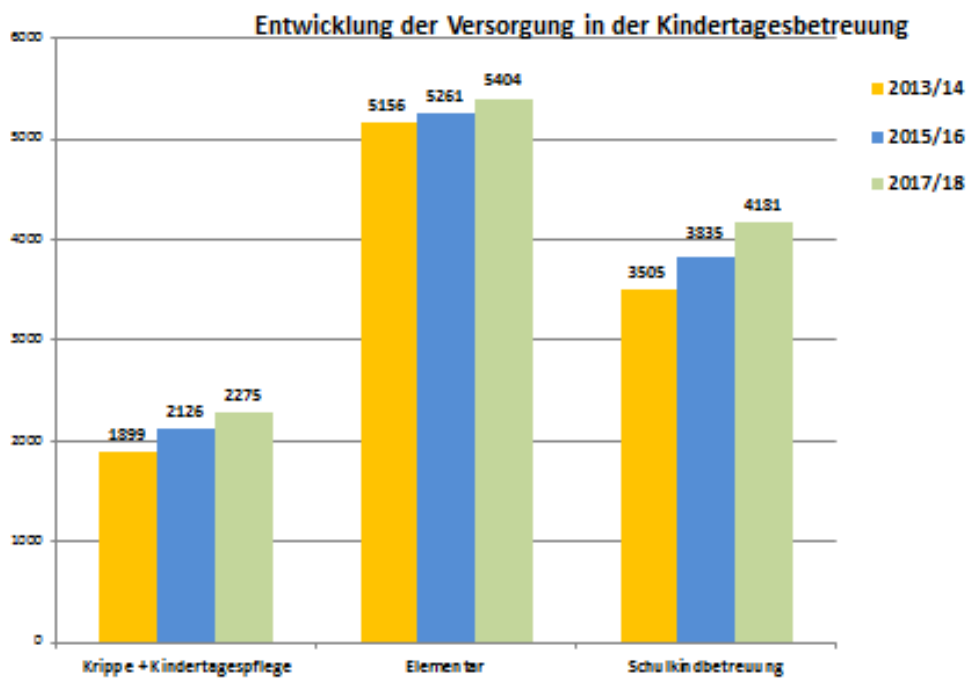
## Anlage zu TOP 4.2 Jugendhilfeplanung

Versorgungssituation in der Kindertagesbetreuung  
2017/18



Anteil der Träger - Kindertagesbetreuung Lübeck 2017/18





## Betreuungszeiten

- rd. 1/3 der Lübecker Kitas bieten erweiterte Öffnungszeiten
  - 35 Kitas haben eine 10-stündige Öffnungszeit
  - weitere 10 Kitas bieten eine 9 stündige Betreuung an
- Die Ganztagsbetreuung liegt
  - im Krippenbereich bei 89% (2012: 81%)
  - Elementarbereich 74% (2012: 58%)
  - bei den Grundschulkindern bei 57% (2012: 47%)
- Mit 16 Kitas beginnt ab Sommer 2018 die Umstellung der Jahresöffnungstage von 225 auf 235 Tage
- Bei der Ganztagsbetreuung an Schulen wird beginnend mit den Sommerferien 2018 ein durchgehendes bedarfsgerechtes Betreuungsangebot bereitgehalten
- In der Kindertagespflege wird bei Bedarf eine Betreuung in der Zeit von 6.00 bis 22 Uhr und über Nacht angeboten

## Kita-Standorte mit 10 Stunden Öffnungszeit

### Innenstadt:

Idun  
FAZ St. Marien

### St. Jürgen:

Kiks  
Wilde 13  
Grauer Esel  
Tagesstätte für Studentenkinder  
Drachennest I  
FAZ Drachennest III  
Gewerbebezirge

### Moisling:

FAZ Brüder-Grimm-Ring  
Moislinger Berg  
FAZ St. Franziskus

### Buntekuh:

Familienzentrum Buntekuh  
Bogenhagen I  
Schaluppenweg

### St. Lorenz Süd:

Willy-Brandt  
Roter Löwe  
Kunterbunte Kinderküste  
Kinderclub

### St. Lorenz Nord:

FAZ Haus Barbara  
FAZ Kinderhaus Blauer Elefant  
Beruf und Kind  
Kleine Strolche  
Am Behnckenhof  
FAZ St. Bonifatius  
Malenter Straße  
Nimmerland

### St. Gertrud:

FAZ Behaimring  
DRK-Schwisternschaft  
Zwergenland  
FAZ Helene Bresslau

### Schlutup:

Beim Meilenstein

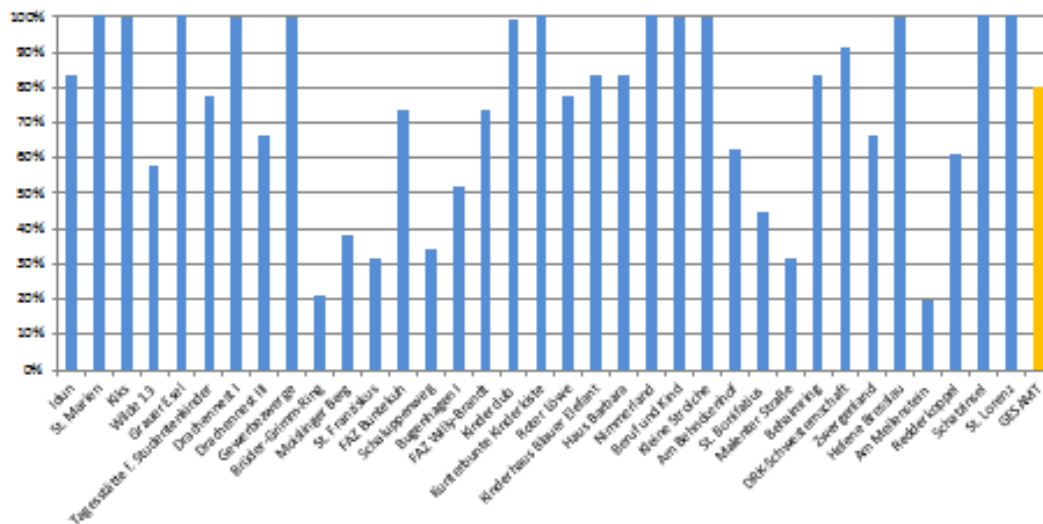
### Kücknitz:

FAZ Redderkoppel  
Schatzinsel

### Travemünde:

St. Lorenz

Erweiterte Öffnungszeiten - Auslastung 2017



### Weiterentwicklung des Angebotes

- Ausbau des 10-stündigem Betreuungsangebotes bei Bedarf
- Weiterentwicklung der Inklusion in Kitas
- Ausbau der Schulkindbetreuung an Schulen / Konzept Ganztags an Schulen
- Neubau von zusätzlichen Kindertageseinrichtungen in neuen Wohngebieten – aktuell 9 Kitas konkret in Planung
- Derzeitiges Versorgungsziel Kinder unter 3 Jahren – 50 %
- Derzeitiges Ziel Elementarbereich (3 J. – Schuleintritt) – 90 %

## Entwicklung des Haushalts - Kindertagesbetreuung

